

Medienkonferenz
Nein zur SP-Steuerinitiative
Freitag, 1. Oktober 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Die SP-Steuerinitiative schädigt die Kantone

Nationalrat Bruno Zuppiger, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP-Initiative hat negative Auswirkungen auf der ganzen Bandbreite der Steuerpolitik. Sie führt zu höheren Steuern für alle und richtet damit bei den Bürgerinnen und Bürgern Schaden im Portemonnaie an. Sie untergräbt aber auch unseren erfolgreichen Föderalismus, indem sie die steuerpolitische Autonomie der Kantone nach Bern verlagert. Auf diesen Punkt möchte ich heute den Fokus legen.

Die Vorlage ist ein Angriff auf den Föderalismus

Die Schweiz ist in der Finanz- und Steuerpolitik so erfolgreich, weil die Kantone und Gemeinden dank dem Föderalismus weitgehend eigenständig sind: Die Kantone und Gemeinden sind verantwortlich für Einnahmen und Ausgaben. Das ist sinnvoll und hat sich als erfolgreich erwiesen, weil die Kantone das gewünschte öffentliche Angebot am besten kennen und ihre Steuersätze danach ausrichten.

Die SP greift mit ihrer Initiative massiv in den Föderalismus ein. Sie will allen Kantonen und Gemeinden einen starren Mindeststeuersatz vorschreiben: Die Grenzsteuersätze sollen für Einkommen ab 250'000 Franken auf 22 Prozent steigen, für Vermögen ab 2 Millionen Franken auf 5 Promille. Damit macht sie aus autonomen Kantonen einen steuerpolitischen Einheitsbrei, die eigenständigen Kantone werden zu Bittstellern in Bern. Attraktive Steuern werden von Bundes wegen verboten!

Das hat verheerende Folgen:

- **Die Steuern werden erhöht.** In 16 Kantonen werden die Steuern wegen der Initiative direkt erhöht. Davon sind aufgrund der Tarifsprünge nicht nur die höheren Einkommen und Vermögen, sondern auch die mittleren und tiefen Einkommen betroffen. Hat die SP zudem ihr Ziel der materiellen Steuerharmonisierung erreicht, lassen sich die Steuern sehr einfach erhöhen. Kantone, Gemeinden und Bürger können sich nicht mehr wehren. Die Schweiz wird zu einem Hochsteuerland. Das werden sich vor allem gute Steuerzahler nicht bieten lassen. Sie wandern ins Ausland ab. Weil sie für einen Grossteil der Steuern aufkommen und die Sozialwerke massgeblich finanzieren, hinterlässt ihr Wegzug eine grosse Lücke. Auch dafür wird der Mittelstand einspringen müssen.
- **Der Staat wird aufgebläht.** Die Steuerinitiative untersagt es den Kantonen, eine eigenständige Steuerpolitik zu betreiben. Die Kantone werden einander gleichgemacht. Dadurch wird auch der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen verunmöglicht. Die Folge davon ist ein träges Staatswesen, denn der Steuerwettbewerb hält heute Kantone und Gemeinden fit.

- **Die sparsamen Kantone werden bestraft.** Die Initiative bestraft die Kantone, die heute umsichtig mit ihrem Geld umgehen und die Steuern für die Bürgerinnen und Bürger tief halten. Denn mit der Initiative wird ihnen ein Mindeststeuersatz vorgegeben, den sie nicht unterschreiten dürfen. Auch wenn sie so gut haushalten, dass hohe Steuern gar nicht nötig wären.
- **Randgebiete und Kleinkantone werden benachteiligt.** Mit dem Verlust ihrer Steuerkompetenzen verlieren die Kantone ein wichtiges Instrument, um attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. Heute haben Kantone und Gemeinden mit einer schlechteren Ausgangslage die Möglichkeit, mit einer gescheiterten Steuerpolitik gute Steuerzahler und Unternehmen in ihr Gebiet zu holen. Kantone wie Zug oder Schwyz, die lange als finanzschwache (Berg-)Kantone galten, haben sich dadurch in den letzten Jahren zu finanzstarken Kantonen entwickelt. Sie zahlen heute in den Finanzausgleich ein. Die SP-Steuerinitiative macht diese Verdienste wieder zunichte und befördert viele Kantone wieder zurück an den NFA-Tropf.

Eine moderate Steuerbelastung ist der Linken ein Dorn im Auge

Die Initianten behaupten, sie sorgen mit ihrer Initiative für mehr Steuergerechtigkeit. Das Gegenteil ist der Fall. Sie sorgen für ein höheres Steuerniveau und für einen Ausbau des Staates. Ihnen sind bürgernahe Steuern und eine moderate Steuerbelastung ein Dorn im Auge. Die SP will die Bürgerinnen und Bürger bevormunden und ihnen möglichst viele Mitspracherechte entziehen. Mehr Staat, mehr Umverteilung und ein möglichst umfassendes zentrales Steuerektat sind das Ziel. Am besten so wie in den Hochsteuerländern der EU. Anders kann ihre Steuererhöhungsinitiative nicht interpretiert werden. Dies wurde schon bei ihrer Lancierung offenkundig. Um ihr Ziel zu erreichen, schreckte die SP auch nicht davor zurück, mehrfach in Brüssel gegen die Schweiz zu lobbyieren. Und fiel damit dem Bundesrat, den Kantonen und allen Steuerzahlenden in den Rücken. Sie versuchte via EU, den Steuerwettbewerb in der Schweiz verbieten zu lassen. Die SP-Delegation zeigte sich überzeugt, „dass der Druck der EU auf die Schweiz eine positive Diskussion auslösen wird“. Brüssel nahm diese Einladung dankbar an. In der Folge setzte der ehemalige deutsche Finanzminister Hans Eichel, ein langjähriger Kritiker der Schweizer Steuerpolitik, die Steuerkonkurrenz auf die Agenda der Europäischen Sozialisten. Und aus der Zentrale der Partei der Europäischen Sozialisten kam postwendend die Aufforderung: „Wir rechnen fest mit der Mitarbeit der Schweizer Sozialdemokraten.“ Die SP Schweiz lancierte entsprechend noch im selben Jahr ihre Steuererhöhungsinitiative. Fährt die Schweiz die gleiche Hochsteuerpolitik wie die EU, ist das verheerend für unsere Wirtschaft, insbesondere für die KMU und für das Gewerbe.

Schadet Gewerbe und KMU

Gerade gegen diese unnötige Schwächung unserer Klein- und Mittelbetriebe (KMU) wehre ich mich als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands ganz besonders. Die SP zielt populistisch auf die Abzocker, bestraft aber Erfolg und Leistungsbereitschaft des Mittelstands. So wird in einem guten Geschäftsjahr mittelständischen Unternehmern ein erheblicher Teil des Einkommens wegbesteuert, der dann als Reserve in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten fehlt. Denn viele Unternehmer investieren massgebliche Anteile des Erwirtschafteten wieder in ihren Betrieb, um konkurrenzfähig zu bleiben. Die Initiative richtet auch beim Generationenwechsel von Familienbetrieben grossen Schaden an. Anstatt dringende Investitionen vornehmen zu können und Arbeitsplätze zu sichern, müssen die Nachfolger künstlich überhöhte Steuerrechnungen an den Staat bezahlen. Damit schadet die Initiative mit ihren Steuererhöhungen nicht nur den international ausgerichteten KMU, sondern auch dem regionalen Gewerbe in allen Kantonen.

Die Steuerinitiative ist erst der Anfang

Die Steuerinitiative ist erst der erste Schritt in Richtung Hochsteuerland Schweiz und Gleichmachung der Kantone. Die Initianten schreiben selbst: „Die Initiative kann die Basis für allfällige weitere Harmonisierungsschritte sein.“ Wir müssen die Eigenständigkeit unserer Kantone und Gemeinden mit allen Mitteln verteidigen. Sie hat uns einen schlanken Staat und tiefe Steuern beschert. Deshalb Nein zur SP-Steuerinitiative am 28. November. Weil die Kantone auch weiterhin selbstständig bleiben sollen. Sie wissen am besten, welche Steuerpolitik für den Wohn- und Arbeitsort die richtige ist.